

SJD / Einfache Anfrage Müller-Lichtensteig / Tschirky-Gaiserwald / Steiner-Kaufmann-Gommiswald vom 16. September 2024

## Deutschland verschärft Migrationspolitik: Braucht es jetzt auch Grenzkontrollen in der Schweiz?

Antwort der Regierung vom 27. Mai 2025

Mathias Müller-Lichtensteig, Boris Tschirky-Gaiserwald und Franziska Steiner-Kaufmann-Gommiswald erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 16. September 2024 nach den Grenzkontrollen durch Deutschland und stellen verschiedene Fragen dazu.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Im Schengener Grenzkodex (SGK) ist die Personenkontrolle wie folgt geregelt: Während die Aussengrenzen des Schengen-Raums überwacht werden und Personenkontrollen stattfinden (Art. 5 ff. SGK), erfolgen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten grundsätzlich keine Personenkontrollen (Art. 1 und 22 SGK). Die Wiedereinführung solcher Binnengrenzkontrollen ist lediglich vorübergehend und nur als letztes Mittel gestattet, wenn die öffentliche Ordnung oder innere Sicherheit in einem Mitgliedstaat ernsthaft bedroht ist (Art. 25 ff. SGK).<sup>1</sup> Der SGK lässt allerdings bestimmte Massnahmen unterhalb der Schwelle von Binnengrenzkontrollen zu (vgl. Art. 23 SGK)<sup>2</sup>.

Seit dem 16. September 2023 gibt es Binnengrenzkontrollen von Deutschland gegenüber der Schweiz (letztmals verlängert durch die Bundesinnenministerin der vormaligen Regierung bis 15. September 2025). Die neue deutsche Bundesregierung, die seit dem 6. Mai 2025 im Amt ist, hat angekündigt, dass künftig auch Asylsuchende an der Grenze zurückgewiesen werden können. Dies bedeutet eine erhebliche Ausweitung. Aus Sicht der Regierung bestehen Zweifel, dass diese Massnahmen mit dem EU-Recht vereinbar sind.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. *Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen der geplanten Verschärfung der Grenzkontrollen in Deutschland auf die Schweiz und insbesondere auf den Grenzkanon St.Gallen?*

*Ist die Regierung bereit beim Bund zu intervenieren, damit temporäre Grenzkontrollen an den Schweizer Aussengrenzen eingeführt werden, um den Migrationsdruck besser regulieren zu können?*

Der Kanton St.Gallen hat keine direkten Grenzübergänge zu Deutschland. Das verschärfte Kontrollregime von Deutschland hat daher auf den Kanton St.Gallen lediglich einen indirekten Einfluss.

<sup>1</sup> Zu Einzelheiten vgl. Deutscher Bundestag, Fachbereich Europa, Durchführung systematischer Grenzkontrollen. Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht, Ausarbeitung vom 4. April 2018, PE 6 - 3000 - 50/18, S. 5, Punkt 3.2; abrufbar unter [www.bundestag.de/resource/blob/560168/10fbcc213fe94b1066f58d3ac8377c46/PE-6-050-18-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/560168/10fbcc213fe94b1066f58d3ac8377c46/PE-6-050-18-pdf-data.pdf).

<sup>2</sup> Deutscher Bundestag, Fachbereich Europa, Durchführung systematischer Grenzkontrollen. Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht, Ausarbeitung vom 4. April 2018, PE 6 - 3000 - 50/18, S. 4 f., Punkt 3.1; abrufbar unter [www.bundestag.de/resource/blob/560168/10fbcc213fe94b1066f58d3ac8377c46/PE-6-050-18-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/560168/10fbcc213fe94b1066f58d3ac8377c46/PE-6-050-18-pdf-data.pdf).

Die Befürchtung, dass die Verschärfung der Binnengrenzkontrollen durch Deutschland zu einer massiven Erhöhung von Asylgesuchen und von rechtswidrigen Aufenthalten in der Schweiz führt, lässt sich durch die Zahlen des Bundes nicht bestätigen (vgl. nachfolgend).

<b>Rechtswidrige Aufenthalte (Anzahl Aufgriffe)<sup>3</sup></b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>
Januar	4'609	3'387	1'164
Februar	2'642	2'253	842
März	2'414	1'745	796
April	2'324	1'577	
Mai	2'854	1'814	
Juni	2'952	1'825	
Juli	3'687	2'362	
August	5'769	4'156	
September	7'136	3'755	
Oktober	6'763	3'320	
November	5'014	2'018	
Dezember	4'021	1'247	

  

<b>Asylgesuche<sup>4</sup></b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>
Januar	2'523	2'768	1'913
Februar	1'681	2'449	1'764
März	1'893	2'383	1'829
April	1'651	2'283	
Mai	2'045	2'357	
Juni	2'395	1'881	
Juli	2'169	2'264	
August	3'001	2'214	
September	3'966	2'363	
Oktober	3'515	2'597	
November	3'141	2'325	
Dezember	2'243	1'856	

Wie die Regierung bereits in ihrer Antwort vom 27. Mai 2025 auf die Einfache Anfrage 61.24.71 «Kanton St.Gallen: Von der Einbruchswelle zum Einbruchs-Tsunami» ausgeführt hat, sieht die Regierung keine Notwendigkeit, sich in Sachen Grenzkontrollen auch noch<sup>5</sup> an den Bundesrat zu wenden.

Mit Bezug auf die Ausdehnung der Zurückweisungen bei Asylgesuchen geht die Regierung davon aus, dass der Bund – wie vom Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) angekündigt – in Deutschland entsprechend vorstellig werden

<sup>3</sup> Abrufbar unter [www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/aktuell/medieninformationen/medienmitteilungen/irregulaeremigration-schweiz.html#-723763643](http://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/aktuell/medieninformationen/medienmitteilungen/irregulaeremigration-schweiz.html#-723763643).

<sup>4</sup> Abrufbar unter [www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2024.html](http://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2024.html).

<sup>5</sup> In der Frühjahrssession 2025 haben Nationalrat und Ständerat bereits zwei gleichlautende Motionen «Intensivierung der Grenzkontrollen an der Schweizer Landesgrenze» (25.3026 / 25.3021) gutgeheissen und an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat muss nun einen Umsetzungsvorschlag vorlegen.

wird. Ferner vertraut sie darauf, dass das EJPD entsprechend seiner veröffentlichten Mitteilung auf X die Auswirkungen der (neuesten) Verschärfung der Grenzkontrollen beobachten und Massnahmen prüfen wird<sup>6</sup>; dies unter Beizug namentlich der Kantone.

---

<sup>6</sup> SRF, «Neue Regierung, Deutschland will strengere Grenzkontrollen – Schweiz will Treffen» vom 7. Mai 2025, abrufbar unter [www.srf.ch/news/international/neue-regierung-deutschland-will-stroengere-grenzkontrollen-schweiz-will-treffen](http://www.srf.ch/news/international/neue-regierung-deutschland-will-stroengere-grenzkontrollen-schweiz-will-treffen).